



Landesbanken

Kurz nach Aschermittwoch

Welche der hiesigen Banken durch den symbolträchtigen Aschermittwoch möglicherweise in besonderem Maße an ihre geschäftspolitischen Sünden erinnert und zur Umkehr aufgerufen werden mussten, lässt sich noch nicht abschließend überblicken. Aber in Verdacht stehen einige, und darüber hinaus gibt es auf Basis der bisherigen Vorberichterstattung in der angelaufenen Bilanzsaison in allen Bankengruppen schon Signale beziehungsweise Hinweise auf die in Zahlen greifbaren Auswirkungen der immer noch tobenden Finanzmarkturbulenzen.

Im privaten Bankensektor haben kleinere Häuser wie die Essener National-Bank gleich zu Jahresbeginn Belastungen aus den Marktverwerfungen für strukturierte Finanzprodukte eingeräumt. Die Hypo Real Estate ist nach der Beichte ihrer (kommunikativen) Versäumnisse im Subprime-Handling schon in der Karnevalszeit hart an den Märkten abgestraft worden (Kreditwesen 3-2008). Als größtem Vertreter der von der Bankenaufsicht mit Blick auf moderne komplexe Finanzmarktprodukte als vergleichsweise konservativ eingestuften Versicherungsbranche traut man der Allianz zu, die bereits kommunizierten Belastungen der Dresdner Bank beziehungsweise deren Investmentbanking-Einheit auszubügeln und gegebenenfalls strategisch zu bereinigen. Für die Commerzbank bleibt zu hoffen, dass der vergleichsweise gelassene Umgang mit den Markturbulenzen bis zum Erscheinen dieser ZfgK-Ausgabe auch in den veröffentlichten Zahlen ihren Ausdruck gefunden hat. Die Hypovereinsbank wäre im Zweifel auch ein italienisches Problem. Und mit der Deutschen Bank gibt es doch tatsächlich ein Institut, das bei der Präsentation seiner Zahlen laut und deutlich von einem Spitzenjahr sprechen darf (siehe Leitartikel).

Ein besonders breites Spektrum der Offenbarung hat sich im Verlauf dieses Jahres bis zum Beginn der Fastenzeit im Landesbankenslager aufgetan. Es reicht von höchster Bedrängnis bei der WestLB über ärgerliche, aber beherrschbare Belastungen bei der auch in Sachsen eingebundenen LBBW, merkwürdiger Stille bei der Bayern-LB, Irritationen um einen Verkauf von Kreditrisiken durch die HSH Nordbank bis hin zur Entwarnung bei der Helaba. Bei verwirrender Informationslage und Fortschreibung der fast täglichen Schreckensmeldungen aus dem In- und Ausland – das ist ein besonders unangenehmer Nebeneffekt für die ganze S-Gruppe – stehen wegen der massiven Verwerfungen bei der WestLB und der Sachsen-LB im Zweifel stets alle hiesigen Landesbanken unter Generalverdacht für mögliche Fehlentwicklungen.

Emsig befeuert wird das abgründige Misstrauen von Märkten und Öffentlichkeit seit Monaten durch die Art der Problemlösung bei der WestLB. Der Konflikt zwischen Landespolitik und Sparkassenseite hat sich dort mehr und mehr zugespitzt und die Lage der Bank bei ohnehin kritischer Marktphase noch zusätzlich, wenn nicht gar unverantwortlich verschlimmert. Wäre die Düsseldorfer Landesregierung frühzeitig, nämlich gleich zu Beginn des Som-

mers 2007, den Empfehlungen der NRW-Sparkassenverbände zu einer sanften Orientierung nach Stuttgart gefolgt, könnte die Landesbankenkonsolidierung längst in vollem Gange sein, wie immer der Fall der Sachsen-LB dann auch gehandhabt worden wäre. Ob in größeren oder kleineren Konstellationen hätte man seinerzeit eine konstruktive Neuordnung der Bankengruppe in Angriff nehmen und seitens der Landespolitik noch als Offensivstrategie verkaufen können. Inzwischen wirken alle diesbezüglichen Überlegungen mit fortschreitenden Markturbulenzen immer mehr als Notfallmaßnahmen oder Zwischenlösungen, um Zeit zu gewinnen. Das gilt auch für die Mitte Dezember vergangenen Jahres beschlossenen Sondierungen zwischen WestLB und Helaba. Zunächst sind diese voll in den hessischen Wahlkampf gefallen, und seit Ende Januar leiden ihre Umsetzungschancen neben der unüberblickbaren Lage bei der Wiesbadener Regierungsbildung auch noch an den fast täglichen neuen Meldungen über zusätzliche Restrukturierungsaufwendungen für die WestLB.

Wäre die Lage nicht offensichtlich so ernst, könnte man den Eigentümern der WestLB zumindest einen tapferen Einsatz bescheinigen. Denn schließlich haben sie für ihre Bank nun binnen nicht einmal eines Monats gleich zweimal Rettungsaktionen einleiten müssen. Doch leider zeigte schon die Haltbarkeitsdauer der Vereinbarungen von Mitte Januar, wie wacklig die Kompromisslinien sind, auf die sich die Gremien noch einigen können. Und auch nach der nun beschlossenen „umfangreichen Risikoabschirmung“ durch die Eigentümer der WestLB in turbulenten Tag- und Nachtsitzungen der ersten Fastenwoche stellt sich die Frage, inwieweit die Landesbankenkonsolidierung überhaupt noch regional beherrschbar ist. Selbst wenn die vereinbarte Stützung durch das Land Nordrhein-Westfalen nicht in Anspruch genommen werden muss, ist die jetzige Einigung nur eine Verlagerung der Probleme in die Zukunft. Vieles klingt nach Zwischenlösung. Selbst das Streben der NRW-Landespolitik nach einer vertikalen Integration ist nur mühsam verdeckt und könnte leicht wieder aufbrechen, sollten sich neue Probleme zeigen.

Ein unrühmlicher Fortgang der Dinge im bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen hätte freilich zweifelsfrei Auswirkungen auf den Rest des Sparkassenlandes. Denn wenn der Bedarf an Absicherungen für den Landesbankensektor in NRW und/oder anderen Sparkassenregionen noch zunehmen sollte, müssen am Ende möglicherweise der DSGVO, die Bundespolitik, die BaFin und die Bundesbank mehr oder weniger sanft eine tragfähige (große) Lösung herbeiführen. Die prompten Reaktionen vom DSGVO wie auch der Sparkasse Köln-Bonn auf die jüngsten Beschlüsse zur WestLB sind deutliche Hinweise, dass hinter den Kulissen auf vielen Ebenen längst intensiv über Zukunftsszenarien nachgedacht wird.

Der Schlüssel zur Bereinigung der Landesbankenstruktur liegt dabei letztlich bei der Landespolitik, speziell bei den zuweilen recht eigenwilligen Ministerpräsidenten. Von ihnen wird maßgeblich abhängen, ob sich die weiteren Konsolidierungsschritte der mehr oder weniger bedrängten Landesbanken eher auf der horizontalen Ebene abspielen oder als Zukunftsoption auch die Vertikalisation in verschiedenen S-Regionen bleibt. In Finanzkreisen laufen wieder einmal Wetten, welche durchaus größere Banken bis zur nächsten Bilanzsaison ihre Eigentümer gewechselt haben könnten. Gerade im Landesbankensektor ist die Wahrscheinlichkeit diesmal deutlich höher als in den letzten Jahren.



Sparkasse Bochum

Unverfälschte Signale in Richtung Düsseldorf

Der Standortpolitik von Nokia wegen lässt sich gerade in Bochum unter den derzeit widrigen Gegebenheiten besonders deutlich erkennen, welchen Stellenwert das besondere Verhältnis der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und ihrer jeweiligen Träger für eine gedeihliche Weiterentwicklung ihrer Region hat. Schon als die Bochumer Oberbürgermeisterin vor gut neun Monaten die Teilnehmer des 22. Deutschen Sparkassentages willkommen hieß, hat sie die Forderung der Kommunen nach einer stärkeren Partizipation an den Gewinnen der Sparkassen als grundsätzlich richtig und sinnvoll eingestuft. Unter den jetzt absehbaren Folgen der Werk-schließung von Nokia dürfte die Stadt als Träger der Sparkasse erst recht ein lebhaftes Interesse daran haben, die Wirtschafts- und Ertragskraft ihres Bankhauses für die solide Fortschreibung der eigenen Haushaltsrechnung einzusetzen. Wieso sollten dessen verfügbare Mittel oder gar die in schlechten Zeiten aufgebauten Reserven in der jetzigen Lage für eine Restrukturierung der doch recht weit entfernten WestLB aufgebraucht werden?

Gerade diese Kommune wäre hinsichtlich ihres künftigen Gewerbesteuer- oder allgemeiner Mittelaufkommens ganz gewiss froh, wenn ein starkes Kreditinstitut vor Ort ihr in Zukunft mit der anstehenden Neuregelung der Gewinnausschüttung im neugefassten Sparkassengesetz gleichermaßen verbindlich wie verlässlich ihre finanzielle Ausstattung absichern würde. Und nach derzeit absehbarer Haushaltslage dürfte das natürlich durchaus ein wenig mehr sein als jene 4,7 Millionen Euro an Ausschüttungen für gemeinnützige Zwecke aus dem vergangenen Jahr. Ein nachhaltiger Zufluss in die Stadtkasse, das wissen beide Seiten, setzt aber ein auskömmliches Geschäftsmodell der Sparkasse und einen notwendigen finanziellen Handlungsspielraum für ertragreiche Marktbearbeitung voraus.

Auch die Sparkasse selbst steht insofern in ihrer Interessenabwägung schon unter den heutigen Gegebenheiten dem Erhalt ihrer Geschäftsbeziehungen mit Privat- und Firmenkunden vor Ort mindestens ebenso nahe wie ihren Verpflichtungen zum Zusammenhalt der Sparkassenorganisation in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus. In der Ausschüttung, so hat der Vorstandssprecher schon einmal vorsorglich beruhigt, wird die Stadt die Sanierung der WestLB nicht spüren. Aber bei aller soliden Geschäftspolitik seines Hauses in der Vergangenheit (siehe auch Bilanzberichterstattung in diesem Heft) hat er offen gelassen, wie sich die Belastung für die Sparkasse auf die Geschäftsspielräume auswirkt und die Steuereinnahmen tangieren können. In vielen Regionen haben beide Seiten die gegenseitigen Abhängigkeiten erkannt und streben nach Planungssicherheit.

In diesem Sinne spiegeln gerade die Signale aus Bochum ziemlich unverfälscht die wahre Stimmungslage der Sparkassenbasis in NRW wider. Zu den bereits gefassten Gremienbeschlüssen über ihren Anteil zum Ausgleich des auf „etwa“ eine Milliarde Euro veranschlagten Jahresfehlbetrags der WestLB steht die Sparkasse. Und auch die anteiligen Belastungen aus bislang nicht GuV-wirksamen Bewertungsmaßnahmen in Höhe von einer weiteren Milli-

arde Euro wird man – wenn auch sicherlich unfroh – mittragen müssen. Aber über diese allein schon auf bis zu 16 Millionen Euro hinaus veranschlagten Stützungsbeiträge hinaus, so hat die Sparkasse schon im Vorfeld der inzwischen ausgehandelten weiteren Risikoabschirmung durch das Land vorsorglich eingewendet, lässt sich eine weitergehende Abschirmung der WestLB nicht mehr „aus den üblichen Bordmitteln“ bestreiten.

Diese verständliche Grundhaltung der Sparkassenbasis gegenüber weiteren unkalkulierbaren Stützungsmaßnahmen der Düsseldorfer Bank spiegelt sich zuletzt auch in dem jüngsten Rahmenplan für Restrukturierung wider, den die Eigentümer nach heftigen Kontroversen in einer Nachtsitzung in der zweiten Februarwoche gezimmert haben. Darüber hinausgehende Verluste von bis zu drei Milliarden Euro sollen nun erst einmal als „disquotaler Risikoabschirmungsanteil“ vom Land NRW getragen werden und bei Inanspruchnahme durch ein Recht zur Anteilsübertragung oder auf Barausgleich von den übrigen Anteilseignern auf das Land abge-golten werden.

Schon im Vorfeld dieser zweiten Einigung in diesem Jahr führte die Lagebeurteilung zur WestLB bei der Sparkasse Bochum wie auch bei anderen Primären zu einem Appell an die wirtschaftliche Vernunft aller Beteiligten, verbunden mit sehr pragmatischen Feststellungen: Wie viele Landesbanken braucht Deutschland wirklich? Reicht sogar eine? Sollte der jetzige „Druck in der Pipeline“ nicht zur Nutzung der Synergieeffekte des Landesbankensektors, sprich dessen nachhaltiger Konsolidierung genutzt werden? Eigentlich sollten solche Schlaglichter von der Sparkassenbasis den Landespolitikern und den zuständigen S-Gremien doch eine gute Grundlage für konkrete Maßnahmen liefern. Doch das war schon oft so. Ob der Landesbankenkonsolidierung auch diesmal wieder die Eigeninteressen von Politikern und/oder Landesbankern im Wege steht?

Hypothekenbanken

Nachruf

Die Meldung war knapp. Die Commerzbank macht die „Hypothekenbank in Essen AG“ zu. Das ist eine richtige, weil zügige Entscheidung. Nichts lässt die wahren Assets einer Bank, also Kunden und Belegschaft, schneller das Vertrauen, die Bindung und den Willen zum Geschäft verlieren, als eine offene Zukunft. Nun hat die Essen Hyp also nur noch eine Vergangenheit. Es ist keine schlechte. Und wenn in Nachrufen ganz allgemein sowieso nur das Beste über den Verblichenen berichtet werden darf – für Essen ist ein Stückchen Bewunderung auch im Nachhinein angebracht. Denn diese Bank an diesem Platz ist etwas Besonderes gewesen. Ihr Geschäftsmodell gründete auf dem Genius des überaus umtriebigen Schuldscheinhändlers Hubert Schulte-Kemper und dem Mut der Investorengruppe Schuppli.

Die Schupplis hatten schon früh erkannt, dass dank der ausgezeichneten Gattungsqualität des Produktes „Deutscher Pfandbrief“ schon eine ganz kleine HBG-Hypothekenbank durch ihr Emissionsprivileg richtig große Geschäfte machen konnte – mit,

grob gesagt, gekonnter Zinsspekulation. Denn alleweil im klassischen Kommunalkredit (wie der Handel mit öffentlichen Schuldscheinen recht verbrämt genannt wurde) gab es (gibt es) zwischen der Refinanzierung mit Kommunalschuldverschreibungen und der Anlage in Staatspapieren nur winzige Margen. Verkauf- und Einkaufskurs sind im Tagespreis fast gleich. Aber man kann ja, wenn man's kann, hier wie dort immer ein bisschen darauf warten, dass die Unterschiede größer werden. Die Schupplis haben mit diesen Hypothekenbanken ohne Hypotheken gleich mehrfach hübsch Geld verdient, auch mit Neugründungen in Berlin und Düsseldorf immer nach dem gleichen Muster. Und sobald diese sehr speziellen Banken ein bisschen zu große Räder für ihr Eigenkapital drehten, wurden sie halt verkauft.

Dass die Essen Hyp in solcher Gesellschaft besonderen Erfolg hatte, lag ganz eindeutig an ihrem praktischen Alleinherrscher Schulte-Kemper. Er roch die Zinsentwicklung. Und weil er für das ganze Geschäft nicht viel mehr als einen Handelsraum brauchte, konnte er die Kosten extrem niedrig halten. Das freute die Commerzbank als endliche Konzernmutter gerade in den schlechten eigenen Jahren sehr, und das erboste die Konzernschwester Rheinhyp heftig. Die Essener „Spekulationsbude“ hatte leider oft die besseren Vergleichszahlen. Mit wachsendem Geschäftserfolg entwickelte der Vorstandsvorsitzende der Essener Bank zudem ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein zu Lasten ehrwürdiger Berufskollegen. Aber: Schulte-Kempers Ehrgeiz reichte über die Bank hinaus. Er betrieb in Essen, für Essen ein Mäzenatentum, das vielleicht ab und zu etwas laut wirkte – der Stadt aber recht gut tat. Konzerte, Ausstellungen und sehr wohl erstklassige Kapitalmarktforen, alles „gemacht“ von einer privaten Spezialbank und nicht von einer öffentlich-rechtlichen Institution, das war schon eine Menge des speziellen Engagements.

Es ist, cum grano salis, schade um Banken wie diese Essen Hyp. Aber das ist es auch schon für arg viele Privatbankiers gewesen, für nette Sparkassen und Genos gleich um die Ecke, für die BfG, die BHF, und, und ... Will es die pure ökonomische Vernunft wirklich nur so? K.O.

Genossenschaftsbanken

Frankfurt: Direkt und erfolgreich

Es waren deutliche Worte, die der Vorstandsvorsitzende der Frankfurter Volksbank auf der Bilanzpressekonferenz seines Hauses zu aktuellen Themen sprach. So könne es nicht angehen, sagte Hans-Joachim Tonnellier, dass Ratingagenturen einerseits für die Beratung von Banken und andererseits für das Rating derselben aktiv und bezahlt würden. Hier müsse eine eindeutige Trennung einge-zogen werden. Damit reiht er sich in die Riege namhafter und zahlreicher Kritiker dieser Praxis ein. Im Zuge der allgemeinen Kredit- und Finanzierungs-krise rügte Tonnellier die Spitzeninstitute der Verbände. So kämen die Risiken, die zu einer Systembelastung werden könnten, keinesfalls von den Platzbanken – bei den Volks- und Raiffeisenbanken nicht und bei den Sparkassen auch nicht. Hier sei offensichtlich mancherorten sehr blauäugig agiert worden, denn schließlich müsste auch die Bonität der hinter ABS-

Strukturen stehenden Kredite fortlaufend überwacht werden. In Richtung der Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt riet er, sich mit den Folgewirkungen einer Absenkung der Gewerbesteuer-Hebesätze zu beschäftigen. Die Steuerausfälle seien nämlich nur die eine Seite. Viel entscheidender sei doch, was es für Frankfurt und die Infrastruktur heißt, wenn Unternehmen wie die Deutsche Börse in das Umland zögen.

Auch für den eigenen Verbund gab es viele Ratschläge aus Frankfurt. So kritisierte Tonnellier die derzeit stattfindenden Grabenkämpfe um eine Vertragsverlängerung von BVR-Präsident Pleister. Der Frankfurter Verband jedenfalls befürwortete seiner Einschätzung nach eine weitere Amtszeit. Und sollte die Fusion mit Hannover gelingen, hat dessen Stimme eine gutes Stück Gewicht in der Organisation. Ob das allerdings ausreichen wird, die ebenfalls einflussreichen Stimmen vor allem aus dem Süden der Republik zu überstimmen, ist zumindest fraglich.

Mit Blick auf weitere Konsolidierungsbemühungen lobte der emsige und nach noch mehr Einflussmöglichkeiten strebende Frankfurter Vorstandsvorsitzende die Sparkassenorganisation – zumindest in der IT. Der Zusammenschluss zu einem Rechenzentrum sei auch für die genossenschaftliche Organisation wünschenswert und dringend. Das haben Fiducia und GAD offensichtlich gehört, denn es laufen bereits Gespräche über einen neuerlichen Anlauf zu einem Zusammenschluss. Wie schon Rolf Hildner von der Wiesbadener Volksbank mahnte auch Tonnellier eine Bündelung der Regionalverbände an. Und den ebenfalls immer wieder diskutierten Zusammenschluss von DZ und WGZ Bank sieht er kommen – allerdings eher in 2009 als in 2008. Eine zentrale elektronische Vertriebsplattform für den Finanzverbund lehnte Tonnellier ab. Beim gegenwärtig diskutierten Modell fehle die betriebswirtschaftliche Abgrenzung und der Schutz zur Vermeidung der Kannibalisierung der Einlagen. So sei abzusehen, dass Volumen aus den Bilanzen der Primärbanken ab- und nur zu deutlich höheren Zinssätzen zurückfließe. Ziel einer Primärbank wie der Frankfurter Volksbank müsse es aber sein, durch permanente Stärkung der Substanz jeden Wettbewerb bestehen zu können.

Und das gelang den Frankfurtern in dem schwierigen Umfeld eines Ballungszentrums mit einer wiedererstarteten Fraspera und allen Großbanken auch 2007 wieder gut. Die Eigenkapitalbasis und der Fonds für allgemeine Bankrisiken konnten auf 545 Millionen Euro ausgebaut werden. Die Eigenkapitalrendite stieg auf stolze 19,2 Prozent, die Cost Income Ratio beläuft sich auf 63 Prozent und der Solvabilitätskoeffizient verbesserte sich auf 15,9 Prozent. Allerdings konnte sich auch die Frankfurter Volksbank dem schwierigen Marktumfeld nicht ganz entziehen: Der Zinsüberschuss sank, das Provisionsergebnis konnte dies nicht ausreichend kompensieren, und der Zuwachs des Ergebnisses resultierte damit vor allem aus weiteren Effizienzsteigerungen auf der Kostenseite und gesunkenen Wertberichtigungen (siehe zum Zahlenwerk ausführlich Seite 178). Aber schließlich machte der Vorstandsvorsitzende allen auch ein wenig Mut: Inverse Zinsstrukturen hätten nämlich noch nie allzu lange angehalten. Hoffentlich, hoffentlich! Und hoffentlich werden die Spannen zwischen kurz und lang dann auch bald wieder etwas auskömmlicher. Sonst ergibt sich schneller als gewollt die Notwendigkeit einer weiteren Bündelung der Kräfte, dann aber nicht an zentraler Stelle, sondern wieder und weiter an der Basis – in Ballungszentren wie im Umland.



Förderbanken

Ein gutes Förderjahr

2007 war sicherlich kein gutes Bankenjahr. Das kann man schon im Februar 2008 nach Vorlage der ersten Jahresabschlüsse mit Sicherheit sagen. Und ob 2008 deutlich besser werden wird, muss mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Zu anhaltend sind die Auswirkungen der weltweiten Finanzierungs- und Wirtschaftskrise, zu groß der Druck auf die Zinsspannen, zu gering das Vertrauen in den Bankpartner. Vielleicht sind aber genau das – neben einer Vielzahl an innovativen Förderprogrammen und den guten Rahmenbedingungen dank des Konjunkturaufschwungs – die Gründe für ein gutes Förderjahr 2007 und vielleicht auch 2008. Die größte deutsche Förderbank, die staatliche KfW Bankengruppe, jedenfalls hat ihr Fördervolumen im abgelaufenen Geschäftsjahr um 13 Prozent auf 87,1 Milliarden Euro deutlich ausweiten können. Der Großteil hiervon entfiel mit 68,1 Milliarden Euro auf die Kreditvergabe, weitere 19 Milliarden Euro auf Verbriefungen – ein Plus von 11 Prozent in einem alles andere als guten Verbriefungsumfeld. Gerade dies soll im laufenden Jahr ausgeweitet werden: Über die beiden Plattformen Promise und Provide sollen künftig auch Verbriefungstransaktionen mit kleineren Volumina durchgeführt werden, um kleineren Banken diese Möglichkeit besser zu erschließen.

Die Landwirtschaftliche Rentenbank steigerte ihr Fördervolumen, das ausschließlich wettbewerbsneutral über die Hausbanken und vor allem für die Landwirtschaft ausgereicht wird, um rund 19 Prozent auf 17,2 Milliarden Euro. Hiervon entfielen 7,0 Milliarden Euro auf allgemeine Förderkredite für die Landwirtschaft, 5,6 Milliarden Euro auf Prolongationen und 4,5 Milliarden Euro auf Verbriefungen. Anders als die KfW legte die Rentenbank auch gleich Eckdaten zum Ergebnis vor. Der Zinsüberschuss stieg von 222,6 Millionen Euro auf 238,7 Millionen Euro, nach Abzug der Aufwendungen erwartet der Vorstand ein Betriebsergebnis von 201,2 (im Vorjahr 185,2) Millionen Euro. Zur Refinanzierung nahm die Rentenbank 11,2 Milliarden Euro auf. Die KfW hat 2007 mit über 550 Transaktionen Anleihen in 25 Währungen emittiert und Gelder in Höhe von 64,6 Milliarden Euro aufgenommen. Dieses Jahr soll die Mittelaufnahme auf rund 70 Milliarden Euro steigen.

Während sich der Verkaufsprozess um die IKB in die Länge zieht, machte der KfW-Vorstand eines deutlich: Einen Abschied von der ebenfalls von der Kreditwirtschaft als nicht wettbewerbsneutral kritisierten KfW IpeX Bank wird es nicht geben. Die seit vier Wochen selbstständige Tochter bleibe „eng in die Gesamtstrategie des Konzerns eingebunden und unverzichtbarer Bestandteil der KfW Bankengruppe“. Sie werde „auch zukünftig einen wichtigen Beitrag für die KfW Bankengruppe leisten“. Spätestens bei Vorlage der GuV-Rechnung in einigen Wochen wird man wissen, wie wichtig.

Am 24. Januar 2008 verstarb im Alter von 91 Jahren

Dr. jur. Josef Stecker

**Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern
des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland**

Der Verstorbene war in den Jahren von 1970 bis 1983 Vorsitzender und Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Norddeutschen Landesbank Girozentrale und unserem Hause bis zum Jahre 2006 als Mitglied des Allgemeinen Beirates eng verbunden. Herr Dr. Stecker hat sich durch seine hohe fachliche Kompetenz und seinen ausgeprägten persönlichen Einsatz bleibende Verdienste um die Norddeutsche Landesbank Girozentrale erworben.

Seine offene, menschliche und gewinnende Persönlichkeit und seine stete Bereitschaft zu weit überdurchschnittlicher Pflichterfüllung haben alle, die ihn kannten, nachhaltig beeindruckt.

Wir gedenken in Achtung und Dankbarkeit der Verdienste, die sich Herr Dr. Stecker bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben erworben hat und werden ihm in unserem Hause stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

NORD/LB
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter/innen